

Der Mensch ist zentral im Gesundheitswesen

Berliner Ärzteschaft formuliert gesundheitspolitische Forderungen an den neuen Berliner Senat.

Berlin, 27. September 2021

Menschen sorgen für die Gesundheit von Menschen. Daher müssen sie auch in den Mittelpunkt des Gesundheitswesens gestellt werden. So lautet die Kernforderung der Ärztekammer Berlin an den neuen Berliner Senat, welche die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin einstimmig beschlossen hat.

In insgesamt neun Forderungen formuliert die Berliner Ärzt:innenschaft die drängendsten Themen zur Sicherung einer guten Berliner Gesundheitsversorgung. Eingefordert wird ein funktionierender und verlässlicher politischer Rahmen, in dem die Mitarbeitenden aller Einrichtungen des Gesundheitswesens in bester Weise zum Wohle aller Patient:innen arbeiten können.

Für verlässliche Strukturen, bessere Kommunikation und Klimaneutralität

Dazu gehört es, einheitliche Lösungen mit verlässlichen Strukturen zur Finanzierung der Beratung und Versorgung von Menschen ohne oder mit unzureichender Krankenversicherung zu schaffen. Zudem haben die Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie gezeigt, dass die Kommunikation zwischen der Berliner Politik und den Akteuren des Gesundheitswesens verbessert werden muss. Daher appelliert die Berliner Ärzt:innenschaft für die Einrichtung eines runden Tisches, um anstehende Themen wie beispielsweise die digitale Transformation des Gesundheitswesens oder die Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe zu besprechen.

Für das Erreichen der Klimaneutralität der Berliner Gesundheitseinrichtungen fordert die Ärzt:innenschaft, im Haushalt Geld für energetische Sanierungen nicht nur der Krankenhäuser, sondern auch für ärztliche Praxen und weitere private medizinische Einrichtungen einzuplanen. Weitere Forderungen sind eine Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Medizin sowie die Stärkung und der Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Investitionsstau auflösen, Kommerzialisierung stoppen, Fallpauschalensystem abschaffen

Bei der Planung und Finanzierung der Berliner Krankenhäuser wird Verlässlichkeit von der Politik verlangt. Dafür muss der Investitionsstau bei der Krankenhausplanung und -finanzierung weiter konsequent abgebaut werden. Die Berliner Ärzt:innenschaft drängt zudem auf eine Abschaffung des

Fallpauschalensystems. Denn die DRG-basierte Finanzierung führe zu Fehlanreizen und Fehlversorgung.

Weiterhin sollen die zunehmende Kommerzialisierung in der medizinischen Versorgung gestoppt und Hausärzt:innen ins Zentrum der Versorgung gestellt werden.

Appell zur Sicherstellung der Geschlechterparität

In einem gesonderten Papier hat die Delegiertenversammlung einen politischen Appell zur Sicherstellung der Geschlechterparität beschlossen. Darin werden die zuständigen Stellen der Politik des Landes Berlin aufgefordert, gesetzliche und, sofern erforderlich, verfassungsrechtliche Grundlagen zu schaffen, die es der Ärztekammer Berlin ermöglichen, in ihren Satzungen Geschlechterparität bei der Besetzung ihrer Organe und der ehrenamtlichen Gremien zu regeln.

Hintergrundinformation

Die „Gesundheitspolitischen Forderungen an den neuen Senat von Berlin 2021“ finden Sie [hier](#).

Ansprechpersonen für Presseanfragen

- PD Dr. med. Peter Bobbert, Präsident der Ärztekammer Berlin
- Dr. med. Matthias Blöchle, Vizepräsident der Ärztekammer Berlin

Die Kontaktdaten erhalten Sie auf Anfrage von der Pressestelle der Ärztekammer Berlin.

Pressekontakt

Ole Eggert

Pressesprecher

Ärztekammer Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts

T: +49 30 408 06 - 41 10

E: presse@aekb.de

www.aekb.de